

# Die Logik der Inkonsequenz



Von CANTALOOOP | Die Logik der Inkonsequenz durchzieht unsere Republik seit jener Zeit, in der die Staatsräson zunehmend in Richtung links driftete. Die Bürger erkennen immer weniger Stringenz in den Handlungsweisen der amtierenden Polit-Elite. Recht und Gesetz werden in vielen Fällen gebeugt, ganz so, wie es den Herrschaften, vulgo der Bundeskanzlerin, gerade beliebt. Werden an einem Tage noch Israelfeinde arabischer Provenienz direkt vor dem Brandenburger Tor geduldet, so fordert anderntags ein Hinterbänkler derselben Fraktion frappant das Gegenteil dessen. Es ist keine einheitliche Linie erkennbar. Auch in der Flüchtlings-, Bankenrettungs- und Energiepolitik. Immer das selbe wirre Muster, das keinerlei Zielführung mehr in sich trägt.

Auch einen gesellschaftlichen Diskurs kann man hierbei beim besten Willen nicht mehr erkennen. Beliebig- und Unverbindlichkeit, sowie die vor allem von der Kanzlerin „weiterentwickelte“ Praktik des „Aussitzens“, anstelle von Ordnung, Recht und Gleichbehandlung für alle, hat träge und säumig Einzug gehalten. Der übliche, linksgeprägte „Laissez-faire“-Stil eben, der schon seit den 70er-Jahren nicht nur die schulische Bildung erodieren lässt. Der Schlendrian ist allgegenwärtig. Mindestens ebenso signifikant; seit geraumer Zeit gelten unterschiedliche Standards für Einheimische und Zugewanderte. Nicht selten werden Letztere mittlerweile „positiv diskriminiert“ – und somit bevorzugt behandelt. Die Angst, ansonsten als „Rassist“ tituliert zu werden, sitzt tief.

## **Vertrauensverlust in staatliche Institutionen**

Es ist immer weniger Verlass auf staatliche Institutionen, deren Untadeligkeit uns stets der Garant für ein funktionierendes Staatswesen war. Gründliche und unabhängige deutsche Behörden als Indikator einer gelebten Demokratie, in denen alles sorgfältig geprüft und abgewogen wird, stets in Einklang mit bestehenden Gesetzen und unter Wahrung des gesunden Menschenverstandes. Das war einmal. Nur noch in einem Punkt herrscht eine einvernehmliche Konsenslinie innerhalb dieses Systems – der gnadenlosen Stigmatisierung und Verfolgung politisch Andersdenkender.

Seit dem großzügigen Einzug des politischen Islams im Lande, der einhergehend mit der Erstarkung der ihn unterstützenden linken und grünen „Kräfte“ stattfand und sich als ganzheitliche Lebensweise weder um Verhältnismäßigkeit, Höflichkeit oder gar Moral schert, sondern vielmehr selbst als allegorisches „Idealbild des perfekten Menschen“ gilt, kann man erkennen, wie dieser, raffiniert als „friedliche Religion“ getarnt, unsere ohnehin schon fragil gewordenen Verwaltungen, insbesondere in den grünrot regierten Bundesländern, unterwandert hat und regelmäßig an ihre Belastungsgrenzen bringt.

Energierende Islamverbände fordern und drohen. Deren Ambivalenz reicht dabei von larmoyant jammernd, bis hin zu offen dargestellter Aggressivität, je nach Gemütslage. Damit kann in unserer, als rational, effizient und systematisch geltenden Gesellschaft kaum noch jemand umgehen. Eine Art von „Basarmentalität“ wurde somit importiert, die hervorragend mit der Wankelmütigkeit des linken Establishments partizipiert. Es gibt keine verlässlichen Regeln mehr – und man kann gleichwohl keinem der „taqiyyaerfahrenen“ islamischen Würdenträger vertrauen. Ebenso wenig wie den Versprechungen der im allgegenwärtigen linken „Zeitgeist“ operierenden Politiker.

## **Tarnung und Täuschung**

Man möchte einerseits die Juden und Homosexuellen im Lande schützen, andererseits aber die als überaus rabiat geltenden arabischen Juden- und Schwulenhasser nicht verärgern. Ein Oxymoron. Ebenso augenscheinlich; während man bei biodeutschen Grundsicherungsbedürftigen jede vorhandene Wohnung auf die exakte Quadratmeterzahl hin überprüft – und eine etwaige „Übergröße“ bei der Monatssaldierung in Abzug bringt, lässt man – wie jetzt im Mordfall Kandel bekannt wurde, vier (!) „minderjährige“ und als „Flüchtling“ etikettierte Burschen aus dem Orient alleine in einem eigens dafür angemieteten 190 qm Einfamilienhaus residieren, vollversorgt und inklusive aller Zusatzkosten. Sicherlich nur ein Beispiel von vielen. Wer hier noch eine Verhältnismäßigkeit, oder gar die vielgepriesene sozialdemokratisch propagierte „Gerechtigkeit“ entdecken kann, der muss schon über ein sehr sonniges Gemüt verfügen.

Auch im Rahmen des Föderalismus; der Staat in Form seiner Weisungsbefugten auf Bundes- und Landesebene handelt nicht mehr unbedingt empirisch und professionell – sondern willkürlich und in weiten Teilen unberechenbar. Zur Vertuschung der eigenen Unzulänglichkeiten wurde von linksgeprägten „Vordenkern“ ein synthetisierter Semantik-Brei erschaffen, der in perfekter Art und Weise Kampfbegriffe aus der kommunistischen Mottenkiste mit soziologisch verbrämten Euphemismen oder Verniedlichungen, je nach Einsatzzweck, kombiniert. Für schlichtere Gemüter mitunter etwas schwer zu verstehen – und genau das ist auch die erklärte Absicht. Somit intendiert; Tarnung und Täuschung. Absolut unwürdig einer aufgeklärten und säkularisierten Bürgerschaft gegenüber.

## **50 Jahre nach 1968**

All diese Faktoren, die ein stabiles und wehrhaftes Staatsgefüge repräsentieren, sind im gewandelten Deutschland der Post-Millennium-Jahre obsolet geworden. Einzig eine fragwürdige Hypermoral gilt als Impulsgeber für politisches Vorgehen. Diese ersetzt alle zuvor dagewesenen und bewährten Handlungsweisen und Konzepte. Gleichsam ein ebenso

undurchschaubarer Humanismus, der mehrheitlich Zugunsten „neu Hinzugekommener“ agiert und die „Stammbewohnerschaft“ bestenfalls als zahlend und schweigend akzeptiert. Fast schon wie die performative Bestätigung einer experimentellen Provokation. Wie weit können diese unberechenbaren Eliten mit ihrem Schlingerkurs noch gehen, fragt man sich angesichts dieser Tatsachen.

Diese ganzen gesammelten Widersprüchlichkeiten, die in ihrer Summe wie eine aufgeschaltete linke Störgröße das gesamte Staatsgefüge in seinen Grundfesten erschüttern und schlussendlich zerstören können, müssen in ihrer Gesamtheit erfasst und publik gemacht werden. Erst die schonungslose Analyse der Fehlentscheidungen und Willkürhandlungen ermöglicht ein wirksames Gegensteuern der konservativ-liberalen Kräfte, die nur noch richtig gebündelt, konsolidiert und vor allem ausbalanciert werden müssen. 50 Jahre nach 1968 ist es nun an der Zeit den gesellschaftlichen Linkskurs umzukehren.

**Deutschland ist in der Mehrheit immer noch bürgerlich, nicht links!**

Aber solange in der Debattenkultur des Landes noch ein simples, mit „N“ beginnendes Wort, jeden vernünftigen Diskussionsansatz im Keim ersticken kann, wird sich nichts ändern. Deshalb sei abschließend folgende Erkenntnis von Michael Klonovsky angefügt, auch zur reichlichen Anwendung in persönlichen politischen Auseinandersetzungen und Disputen:

*Wer heutzutage in einer politischen Debatte den Begriff „Nazi“ gegen wen auch immer ins Feld führt, ist aus ethischer Sicht ein Lump, aus historischer Sicht ein Verharmloser und aus intellektueller Sicht eine Null.*